Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 10.02.2022 **Drucksache** 18/**20645**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Staatsregierung darf Rechtsstaat nicht länger mit Füßen treten!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, geltende Gesetze zu vollziehen.

Begründung:

Art. 1 Abs. 3 Grundgesetz (GG) bindet die vollziehende Gewalt an Gesetz und Recht. Für die Ausführung der Bundesgesetze normiert Art. 83 GG, dass dies im Regelfall durch die Länder als eigene Angelegenheit erfolgt. Dies gilt auch für die in § 20a Infektionsschutzgesetz normierte einrichtungsbezogene Impfpflicht.

Die Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder, diese Vorschrift in Bayern zunächst nicht vollziehen zu wollen, ist mit den allgemeinen anerkannten Rechtsstaatsprinzipien nicht zu vereinbaren und verfassungswidrig.

Aus diesem Grund ist ein Bekenntnis des Landtags zu den rechtsstaatlichen Grundprinzipien in Form einer solchen Aufforderung an die Staatsregierung dringend geboten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.